

**Jahresziele und
Projekte 2020**
**der Bildungs-
und Kulturdirektion**

Direktion	Bericht zum Postulat von Céline Huber, Altdorf, zur Stärkung der politischen Bildung im Lehrplan 21 >>
	Neue infrastrukturelle Lösung für das Staatsarchiv Uri und die Kantonsbibliothek Uri >>
	Integration von ausländischen Personen >>
Volksschule	Umgang mit Heterogenität >>
	Weiterentwicklung Französisch im Kanton Uri >>
	Revision von Schulgesetz und Schulverordnung >>
Berufsbildung	Revisionen von Bildungsverordnungen >>
	Berufsmaturität >>
Beratungsdienste	Krisenarbeit und Kinderschutz >>
	Berufsabschluss für Erwachsene >>
Kulturförderung	Rechtliche Grundlagen für die Kulturförderung >>
Sportförderung	Bildung einer neuen Trägerschaft für die Nachfolgeorganisation ASSA >>
	Vorbereitung der Winteruniversiade 2021 >>
	Erhalt der Leistungsfähigkeit des Sport-Fonds >>
Staatsarchiv	Scope OAIS >>

Bericht zum Postulat von Céline Huber, Altdorf, zur Stärkung der politischen Bildung im Lehrplan 21

[Zurück zur Übersicht](#)

Am 19. Juni 2019 hat Landrätin Céline Huber, Altdorf, zusammen mit Zweitunterzeichnerin Bernadette Arnold, Bürglen, ein Postulat zur Stärkung der politischen Bildung im Lehrplan 21 eingereicht. Darin wird der Regierungsrat ersucht, dem Erziehungsrat den Inhalt dieses Postulats zu übermitteln, mit dem Auftrag, das Fach «Politische Bildung» seiner Bedeutung entsprechend verbindlich in den Lehrplan 21 aufzunehmen. Über die konkrete Umsetzung dieses Anliegens sei dem Landrat Bericht zu erstatten. Zur Begründung des Vorstosses wird unter anderem geltend gemacht, im Lehrplan 21 fehle der verbindliche Auftrag, sich mit den Mechanismen der Schweizer Demokratie, der politischen Meinungsbildung, dem Verhältnis Staat und Wirtschaft sowie der Siedlungsraumgestaltung umfassend auseinanderzusetzen. Es sei jeder Lehrkraft selbst überlassen, wo sie ihre Schwerpunkte bei der «Politischen Bildung» letztendlich setze. In Berücksichtigung allfällig negativer Konsequenzen aus fehlender politischer Bildung soll deshalb die Einführung eines eigenständigen Faches geprüft werden.

Stand der Arbeit

In der Session vom 2. Oktober 2019 überwies der Landrat das Postulat. Daraufhin erarbeiteten der Erziehungsrat und die BKD im Auftrag des Regierungsrats den geforderten Bericht. Diesen behandelte der Landrat in der Session vom 20. Mai 2020; er beschloss, das Postulat als materiell erledigt abzuschreiben. Auf die Einführung eines eigenständigen Faches politische Bildung wurde verzichtet.

Nächste Schritte

-

Ziel bis Ende Jahr

Der Bericht zum Postulat von Céline Huber, Altdorf, zur Stärkung der politischen Bildung im Lehrplan 21 ist vom Landrat behandelt.

Neue infrastrukturelle Lösung für das Staatsarchiv Uri und die Kantonsbibliothek Uri

[Zurück zur Übersicht](#)

Das Staatsarchiv Uri und die Kantonsbibliothek Uri erreichen in den nächsten Jahren in den Gebäuden Bahnhofstrasse 11 und 13 in Altdorf in den Magazinen die räumlichen Kapazitätsgrenzen. An die Kapazitätsgrenzen stossen die beiden Betriebe aber auch bereits in den Büro- und Publikumsbereichen. Wenn das Staatsarchiv und die Kantonsbibliothek Uri weiterhin mit allem erforderlichem Raumbedarf und adäquaten betrieblichen Abläufen an der Bahnhofstrasse in Altdorf domiziliert sein sollen, müssen eine erweiterte Nutzung der Bahnhofstrasse 11 (samt dem Bau einer Verbindung) und eine modifizierte Nutzung der Bahnhofstrasse 13 ins Auge gefasst werden. Vor diesem Hintergrund hat der Regierungsrat das Projekt für eine neue Infrastrukturlösung an der Bahnhofstrasse für die Kantonsbibliothek Uri und das Staatsarchiv Uri ausarbeiten lassen. Das im Rahmen dieses Projekts erarbeitete Bauprojekt stellt sicher, dass das Staatsarchiv Uri und

die Kantonsbibliothek Uri am bewährten Standort im Zentrum des Urner Hauptorts wieder über zeitgemässe Räumlichkeiten verfügen und dass sie räumliche und betriebliche Synergien optimal nutzen können. Die Archivraumfrage wird für die nächsten zwanzig bis dreissig Jahre gelöst, und das Archivgut kann wieder unter guten Bedingungen gelagert werden. Zudem eröffnet das Projekt die Möglichkeit, unter finanzieller Beteiligung des Bundes einen Kulturgüterschutzraum einzurichten. Die Kosten für das Bauprojekt betragen insgesamt 4,098 Millionen Franken. Davon entfallen 3,140 Millionen Franken auf gebundene und 0,958 Millionen Franken auf neue Ausgaben. Sowohl die gebundenen als auch die neuen Ausgaben liegen in der Kompetenz des Landrats.

Stand der Arbeit

In der Session vom 18. Mai 2020 hat der Landrat dem Kredit zugestimmt.

Nächste Schritte

Die Erneuerung von Staatsarchiv Uri und Kantonsbibliothek Uri kann in den Jahren 2020 und 2021 realisiert werden. Dank der Realisierung in drei Etappen sind keine externen Provisorien notwendig. Der Umbau erfolgt unter laufendem Betrieb von Staatsarchiv und Kantonsbibliothek.

Ziel bis Ende Jahr

Die neue infrastrukturelle Lösung für das Staatsarchiv und die Kantonsbibliothek Uri ist vom Landrat beschlossen.

Integration von ausländischen Personen

[Zurück zur Übersicht](#)

Seit Anfang 2014 setzen Bund und Kantone gemeinsam die Kantonalen Integrationsprogramme (KIP) um. Die KIP gewährleisten erstmals, dass schweizweit in allen Kantonen die gleichen Zielsetzungen und Förderbereiche der spezifischen Integrationsförderung zum Tragen kommen. Die KIP wurden zwischen dem Staatssekretariat für Migration (SEM) und den Kantonen abgeschlossen und werden von Bund, Kantonen und Gemeinden gemeinsam finanziert. Das Kantonale Integrationsprogramm 2018 bis 2021 wurde am 20. Juni 2017 vom Regierungsrat beschlossen und später vom SEM bewilligt. Die Arbeit an den verschiedenen Teilprojekten wurde aufgenommen.

Zusätzlich zum KIP lancierten Bund und Kantone die Integrationsagenda. Mit der Integrationsagenda wurde die Integrationspauschale, die pro vorläufig Aufgenommenem und anerkanntem Flüchtling vom Bund an die Kantone ausbezahlt wird, erhöht, und es wurden konkrete Leistungsziele zur Integration von Flüchtlingen formuliert, die die Kantone zu erreichen haben. Das Konzept zur Umsetzung der Integrationsagenda wurde am 9. April 2019 vom Regierungsrat verabschiedet und im Herbst 2019 vom SEM genehmigt.

Stand der Arbeit

Die im Konzept zur Integrationsagenda dargelegten Massnahmen werden auf- und ausgebaut. Die wichtigsten Massnahmen sind: Case Management, Ausbau des Sprachkursangebots, Job Coaching, Koordinationsstelle soziale Integration sowie vorschulische Sprachförderung in Spielgruppen und Kitas. Die Massnahmen des Kantonalen Integrationsprogramms sind in Umsetzung.

Nächste Schritte

Die im Rahmen der Integrationsagenda neu aufgebauten Massnahmen sowie die im Rahmen des KIP laufenden Massnahmen werden begleitet, evaluiert und wenn nötig justiert.

Ziel bis Ende Jahr

Das zweite kantonale Integrationsprogramm 2018 bis 2021 ist in Umsetzung. Das Konzept zur Integrationsagenda wird gemeinsam mit der Gesundheitsdirektion und der Volkswirtschaftsdirektion umgesetzt.

Umgang mit Heterogenität

[Zurück zur Übersicht](#)

Der Umgang mit Heterogenität ist eine der grössten Herausforderungen der heutigen Gesellschaft und damit auch der Volksschule. Vor zehn bis fünfzehn Jahren war es die Integrative Förderung (IF), die einen Schul- und Unterrichtsentwicklungsprozess ausgelöst hatte. Etwas später kam die Integrative Sonderschulung in der Regelklasse (IS) hinzu. Die entsprechenden Rechtsgrundlagen sowie Konzepte und Formulare wurden laufend optimiert und der aktuellen Situation angepasst. Obschon die Konzepte in der Zwischenzeit in der Praxis erprobt sind und die Integration grossmehrerheitlich gut funktioniert, ist es an der Zeit, die Umsetzung genauer zu betrachten.

Stand der Arbeit

Ein entsprechender Evaluationsauftrag «Umsetzung der Konzepte zur Integrativen Förderung und der Sonderpädagogik» wurde an die Pädagogische Hochschule Luzern vergeben. Die Daten wurden in der Zwischenzeit erhoben und werden nun ausgewertet.

Nächste Schritte

Die Resultate der Evaluation sind im Herbst 2020 zu erwarten. Ebenfalls im Herbst nimmt das neu geschaffene Integrationsnetzwerk die Arbeit auf.

Ziel bis Ende Jahr

Die Massnahmen aus dem Bericht «Umgang mit Heterogenität» werden umgesetzt.

Weiterentwicklung Französisch im Kanton Uri

[Zurück zur Übersicht](#)

Eine Projektgruppe hat in der ersten Hälfte des Jahres 2019 einen Bericht mit Massnahmen zur Verbesserung des Französischunterrichts im Kanton Uri erarbeitet. Der Erziehungsrat hat den Bericht am 26. Juni 2019 zur Kenntnis genommen, und er legte folgende Hauptmassnahmen und Begleitmassnahmen fest:

Hauptmassnahmen

- Erhöhung der Wochenlektionen für Französisch in der 2. Oberstufe von vier auf fünf (unter Aufnahme einer zusätzlichen Lektion in die Stundentafel) per 1. August 2021
- Einführung eines Französisch-Obligatoriums für alle A-Schülerinnen und -Schüler in der 3. Oberstufe per 1. August 2021
- Einführung eines neuen Lehrmittels per 1. August 2021

Begleitmassnahmen (Auszug)

- Mandatierung einer kantonalen austauschverantwortlichen Person (20 Prozent während der ersten zwei Jahre, danach 10 Prozent)
- Angebot von Weiterbildung im Bereich Französisch (Conversation und Didaktik) für Lehrpersonen

Stand der Arbeit

Die Mandatierung der kantonalen austauschverantwortlichen Person ist erfolgt: Yaëlle Dällenbach nahm ihre Arbeit am 1. August 2020 auf.

Der Erziehungsrat beschloss im Frühling 2020, dass das Lehrmittel «Dis donc!» ab Schuljahr 2021/2022 als obligatorisches Lehrmittel in der Oberstufe sowie in der 1. und 2. Klasse des Untergymnasiums eingesetzt wird. Zudem beschloss er, dass eine Pilotierung im Kanton Uri der eigentlichen Lehrmitteleinführung vorangehen soll. Die Pilotierung im Schuljahr 2020/2021 soll die nötigen Kenntnisse beziehungsweise Adaption liefern.

Im Weiterbildungsprogramm für Lehrpersonen wurden zwei Kurse zu den Themen «Conversation» und «Förderung des Sprechens im Anfängerunterricht» aufgenommen.

Nächste Schritte

Mit Blick auf die Umsetzung der Massnahmen wurde das Amt für Volksschulen beauftragt, dem Erziehungsrat die im Einzelfall noch erforderlichen Anträge zum Beschluss vorzulegen. Das wird in den kommenden Monaten geschehen. Die Pilotierung des künftigen obligatorischen Lehrmittels «Dis donc!» startet im August 2020. Die Anpassung der Studentafeln wird im Herbst 2020 im Erziehungsrat behandelt. Die zwei Kurse im Weiterbildungsprogramm für Lehrpersonen werden ab Herbst 2020 durchgeführt.

Ziel bis Ende Jahr

Die Massnahmen aus dem Bericht «Massnahmen zur Verbesserung des Französischunterrichts im Kanton Uri» werden umgesetzt.

Revision von Schulgesetz und Schulverordnung

[Zurück zur Übersicht](#)

Das Gesetz über Schule und Bildung vom 2. März 1997 und die dazugehörige Verordnung zum Schulgesetz vom 22. April 1998 bilden die Grundlage für die Volksschule im Kanton Uri. In den vergangenen zwanzig Jahren hat sich die Volksschule weiterentwickelt und die Rahmenbedingungen haben sich geändert. Dies macht eine Revision von Schulgesetz und Schulverordnung nötig. Aus diesem Grund hat die Geschäftsleitung der BKD am 8. April 2019 den Projektauftrag «Revision von Schulgesetz und Schulverordnung» beschlossen. Die im Rahmen der Projektorganisation vorgesehene Projektgruppe wurde von der BKD am 28. Mai 2019 gewählt.

Stand der Arbeit

In der ersten Phase der Projektarbeit ging es darum, den Revisionsbedarf zu erheben und die einzelnen Revisionsbereiche zu bestimmen. Die Resultate dieser Arbeit wurden der GL BKD (Steuerorgan) und dem Erziehungsrat in Form eines Zwischenberichts vorgelegt. Zurzeit erarbeitet die Projektgruppe das revidierte Schulgesetz und die revidierte Schulverordnung.

Nächste Schritte

Zurzeit erarbeitet die Projektgruppe das revidierte Schulgesetz und die revidierte Schulverordnung. Die Vernehmlassung ist vorgesehen für Herbst 2020.

Ziel bis Ende Jahr

Das Projekt «Revision von Schulgesetz und Schulverordnung» ist gemäss Projektauftrag unterwegs (inkl. Revision Anschlussgesetzgebung).

Berufsbildung

Revisionen von Bildungsverordnungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Aufgrund des Berufsbildungsgesetzes werden alle Bildungsverordnungen periodisch überprüft.

Stand der Arbeit

Die Lehrbetriebe werden laufend orientiert.

Nächste Schritte

Das Amt für Berufsbildung koordiniert die Informationen, die von Seiten der Organisationen der Arbeitswelt sowie des Bundes kommen, und berät die Lehrbetriebe.

Ziel bis Ende Jahr

Die Revisionen der Bildungsverordnungen in folgenden Berufen werden erfolgreich umgesetzt: Bühnentänzer/in EFZ (Totalrevision), Dentalassistent/in EFZ (Totalrevision), Forstwart/in EFZ (Totalrevision), Gebäudetechnikplaner/in EFZ (Teilrevision), Heizungsinstallateur/in EFZ (Totalrevision), Keramiker/in EFZ (Teilrevision), Milchberufe EBA und EFZ (Totalrevision), Musikinstrumentenbauer/in EFZ (Totalrevision), Printmedienverarbeiter/in EFZ, neu Bindetechnologe/Bindetechnologin EFZ (Totalrevision), Raumausstatter/in EFZ, früher Innendekorateur/in (Reform), Sanitärinstallateur/in EFZ (Totalrevision), Seilbahnberufe EBA und EFZ (Totalrevision), Spengler/in EFZ (Totalrevision), Tiermedizinische Praxisassistent/in EFZ (Totalrevision).

Berufsmaturität

[Zurück zur Übersicht](#)

Die Berufsmaturität ist ein attraktives Angebot. Im Bildungsraum Zentralschweiz wird darüber informiert.

Stand der Arbeit

Die Informationsmaterialien sind erarbeitet.

Nächste Schritte

Die Lehrbetriebe werden informiert (Hauptaugenmerk auf die lehrbegleitende Berufsmaturität).

Ziel bis Ende Jahr

Der Kanton Uri beteiligt sich an der Zentralschweizer Kampagne zur Bekanntmachung der Berufsmaturität. Das Amt für Berufsbildung berät die Interessierten und koordiniert die weiteren Schritte.

Beratungsdienste

Krisenarbeit und Kinderschutz

[Zurück zur Übersicht](#)

Es ist ein dringliches Anliegen der kantonalen Gewaltpräventionsgruppe, das verbindliche kantonale Krisenkonzept um das Kapitel «Vorgehen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung – Leitfaden für schulische Fachpersonen» zu ergänzen.

Stand der Arbeit

Der Leitfaden Kinderschutz wurde erstellt, und zwar in Abstimmung mit den verantwortlichen Vertretern aus Schule, BKD und Zivil- und Strafrecht. Die Arbeit erfolgte im Rahmen einer Praxisforschungsarbeit für den MAS Schulpsychologie der Universität Zürich.

Nächste Schritte

Nach erfolgter Vernehmlassung bei den Direktinvolvierten wird die Endversion des Leitfadens als Ergänzung zum aktuellen kantonalen Krisenkonzept publiziert.

Ziel bis Ende Jahr

Das verbindliche kantonale Krisenkonzept ist um das Kapitel «Vorgehen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung – Leitfaden für schulische Fachpersonen» ergänzt.

Berufsabschluss für Erwachsene

[Zurück zur Übersicht](#)

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) lanciert im Rahmen des Projekts Berufsbildung 2030 die Kampagne «Berufsabschluss für Erwachsene». Diese zielt darauf ab, dass die Möglichkeiten und Vorteile des Berufsabschlusses für Erwachsene bei den Zielgruppen und insbesondere bei den Unternehmen bekannt sind. In der Schweiz gibt es rund 250 verschiedene berufliche Grundbildungen. Auch im Erwachsenenalter ist es möglich, in jedem Beruf ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) oder ein eidgenössisches Berufsattest (EBA) zu erlangen. Es gibt je nach Beruf und (Sprach-)Region verschiedene Möglichkeiten, als erwachsene Person einen Berufsabschluss zu erwerben. In manchen Berufen gibt es spezielle Angebote für Erwachsene. In anderen ist es möglich, von denselben Angeboten wie die Jugendlichen zu profitieren (Besuch von Berufsfachschulen und Überbetrieblichen Kursen). Bei spezifischen Vorkenntnissen können diese angerechnet werden. Der Kanton Uri trägt einen Grossteil der anfallenden Ausbildungskosten und kann falls notwendig auch mit Stipendien/Darlehen unterstützen.

Stand der Arbeit

Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung sowie das Amt für Berufsbildung des Kantons Uri beteiligen sich an dieser Kampagne. In Zusammenarbeit mit den Zentralschweizer Kantonen wurde ein Flyer realisiert, der die wesentlichen Informationen für Ratsuchende und (Ausbildungs-)Betriebe zusammenfasst und auf Kontakte in den verschiedenen Kantonen hinweist.

Nächste Schritte

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung werden Massnahmen und Angebote geprüft, um sowohl Ratsuchende aber auch Arbeitgeber über dieses Angebot zu informieren.

Ziel bis Ende Jahr

Das Angebot «Berufsabschluss für Erwachsene» ist bei Arbeitnehmern aber auch in Unternehmen und deren Berufsverbänden (OdA) breiter bekannt.

Rechtliche Grundlagen für die Kulturförderung

[Zurück zur Übersicht](#)

Im Kanton Uri fehlt eine rechtliche Grundlage für die Förderung der Kultur. Der Regierungsrat hat diese Lücke erkannt und in die Gesetzgebungsvorhaben des Regierungsprogramms 2016 bis 2020 die Schaffung von rechtlichen Grundlagen für die Förderung der Kultur aufgenommen. Zusätzlich überwies der Landrat am 18. April 2018 teilweise eine Motion von Landrat Michael Arnold, Altdorf. Darin wird der Regierungsrat ersucht, eine rechtliche Grundlage für die allgemeine Kunst- und Kulturförderung zu schaffen.

Stand der Arbeit

Nach einem breit angelegten, partizipativen Prozess wurde der Entwurf zum Kulturförderungsgesetz im Mai 2020 vom Regierungsrat zur Vernehmlassung freigegeben. Die Vernehmlassung startete am 29. Mai 2020 und läuft bis am 24. September 2020.

Nächste Schritte

Nach Abschluss der Vernehmlassung werden die Antworten ausgewertet und der Antrag zum Kulturförderungsgesetz wird zuhanden des Landrates vorbereitet.

Ziel bis Ende Jahr

Das Kulturförderungsgesetz ist zur Behandlung im Landrat bereit.

Bildung einer neuen Trägerschaft für die Nachfolgeorganisation ASSA

[Zurück zur Übersicht](#)

Im Verbund mit den Gemeinden Andermatt, Hospental und Realp sowie der Korporation Ursern und der Andermatt Urserntal Tourismus GmbH hat der Regierungsrat das Projekt «Sportzentrum Ursern» lanciert. Ziel des Projekts ist es, eine neue Trägerschaft zu bilden, die ab 2022 eigenständig den Betrieb des vormaligen Armeesport-Stützpunkts Andermatt (ASSA) weiterführen kann. Gegenwärtig wird dieser Betrieb vom Bundesamt für Sport (BASPO) geführt, befristet bis 31. Dezember 2021. Gleichzeitig ist das BASPO verpflichtet mitzuhelfen, eine weiterführende Lösung nach 2021 zu suchen. Die Organisation (Steuergruppe und Projektgruppe) des Projekts «Sportzentrum Ursern» steht unter Leitung von Regierungsrat Beat Jörg.

Stand der Arbeit

Gemäss Projektplan war vorgesehen, im Jahr 2020 die Businessplanung abzuschliessen (inklusive Klärung der infrastrukturellen Aspekte samt Finanzierung) und Ende Jahr 2020 die neue Trägerschaft zu gründen, so dass anschliessend – bis spätestens Ende 2021 – der Betrieb vom BASPO auf die neue Trägerschaft übergehen kann. Im Lauf der Arbeit zeigte sich indes, dass die Businessplanung mehr Zeit benötigt als ursprünglich vorgesehen: Der eine Grund dafür ist, dass das BASPO eigens legitimiert werden musste, die Projektorganisation beziehungsweise den Kanton Uri bei der Erarbeitung von Varianten von Trägerschaften und von entsprechenden Entwürfen für vertragliche Vereinbarungen zur Errichtung und zum Betrieb eines künftigen Sportzentrums zu begleiten; hierfür erforderlich waren Klärungen bis in die oberste Führungsetage des VBS. Ein zweiter Grund ist, dass der Ständerat den Bundesrat beauftragt hat zu prüfen, wie sich drei bis vier regionale Wintersportzentren mit Hilfe des Bundes realisieren liessen beziehungsweise welche Voraussetzungen am jeweiligen Standort dafür erfüllt sein müssten. Im Rahmen des vom Bundesrat zu erstellende Berichts drängt sich für Uri die Frage auf, ob und wie sich die früheren Pläne für ein Nationales Schneesportzentrum in Andermatt im Kontext mit dem Projekt «Sportzentrum Ursern» reaktivieren liessen. Wegen der Corona-Pandemie erfuhr der vom Bund ins Auge gefasste Terminplan indes eine Verzögerung.

Nächste Schritte

Als nächste Schritte stehen an: Die genauen Kosten für die Infrastrukturen und den Betrieb sind zu ermitteln, und die Finanzierung ist zu sichern; eine Lösung für die Betriebsverantwortung ist zu finden; und die Bildung einer Trägerschaft ist in die Wege zu leiten. Zum heutigen Zeitpunkt geht die Projektleitung davon aus, dass der Kanton Uri beziehungsweise die öffentliche Hand substantielle Beiträge für die Infrastruktur beziehungsweise für den Betrieb des künftigen Sportzentrums leisten werden.

Ziel bis Ende Jahr

Das Projekt für den Aufbau einer Trägerschaft als Nachfolgerin des Armeesport-Stützpunkts in Andermatt wird federführend vorangetrieben. Eine Trägerschaft steht vor der Gründung.

Vorbereitung der Winteruniversiade 2021

[Zurück zur Übersicht](#)

Im Januar 2021 findet in der Zentralschweiz die Winteruniversiade statt. Im Rahmen dieses weltweit zweitgrössten Multisportanlasses im Winter beteiligen sich alle sechs Kantone und die Stadt Luzern an den Austragungen und am Rahmenprogramm. Vom 21. bis 31. Januar 2021 finden im Urserental die Langlaufwettkämpfe statt. Zuständig für die Vorbereitung und Durchführung der dortigen Wettkämpfe ist das Lokale Organisationskomitee (LOK) Andermatt-Realp. Präsiert wird es von Regierungsrat Beat Jörg. Als Test für die Winteruniversiade 2021 dienen die Langlauf-Schweizermeisterschaften 2020. Um diese beiden Wettkämpfe durchführen zu können, war es notwendig, das Loipennetz in Realp auf fünf Loipen mit unterschiedlichen Distanzen zu erweitern und vom Internationalen Skiverband (FIS) homologieren zu lassen. Dank dieser Homologierung verfügt Realp jetzt nachhaltig über ein Loipennetz, auf dem alle Distanzen gelaufen werden können. Mit allen Vorbereitungsarbeit ist man auf Kurs. Die Zusammenarbeit mit allen Partnern und Betroffenen verläuft positiv. Die Unterbringung der Athleten, Trainer und Betreuer während zehn Wettkampftagen generiert eine erhebliche Wertschöpfung für das Urserental.

Stand der Arbeit

Die Arbeiten in den Ressorts schreiten trotz Corona-Pandemie planmässig voran. Alle Verträge sind unterzeichnet und die Helfer sind mehrheitlich rekrutiert. Die FIS-Delegierten haben sich auf die Prüfung der Konzepte in diversen Teilbereichen fokussiert.

Nächste Schritte

Die Ressorts finalisieren ihre Vorbereitungsarbeiten bis zum gewünschten Endprodukt. Alle einzelnen Prozesse werden synchronisiert. Allfällige Schutzmassnahmen im Zeichen der Pandemie werden auf ihre Tauglichkeit und Umsetzung vor Ort in Andermatt und Realp geprüft und – wo nötig – angepasst.

Ziel bis Ende Jahr

Das lokale Organisationskomitee für die Universiade 2021 wird weiterhin unterstützt. Das LOK Andermatt-Realp hat die Testwettkämpfe (Schweizermeisterschaften) gemeistert und die Überprüfung der Technischen Delegierten hat nur marginalen Handlungsbedarf zu Tage gefördert.

Erhalt der Leistungsfähigkeit des Sport-Fonds

[Zurück zur Übersicht](#)

Sportverbände und Sportvereine sowie Athletinnen und Athleten werden mit Geldern des Sport-Fonds unterstützt. Auch die Gemeinden können für die Sanierung oder die Erstellung von Sportanlagen auf ihrem Gebiet Gelder aus dem Sport-Fonds erhalten. Der Fonds wird aus Mitteln von Swisslos gespeist. Die rege Bautätigkeit in den Gemeinden sowie die rege Aktivität der Urner Sportvereine und -verbände hat den Fonds in den vergangenen Jahren stark beansprucht.

Stand der Arbeit

Der Regierungsrat hat im Mai 2020 einer Praxisänderung im Bereich der Infrastrukturprojekte zugestimmt. Damit bleibt die Leistungsfähigkeit des Sport-Fonds mittelfristig erhalten. Die betreffende Änderung wird nun durch die BKD im Rahmen von Budget und Finanzplan umgesetzt.

Nächste Schritte

Die vom Regierungsrat beschlossene Praxisänderung wird von der BKD im Rahmen von Budget und Finanzplan umgesetzt.

Ziel bis Ende Jahr

Der Sport-Fonds verfügt über die Mittel, um die Aufgaben gemäss Sportreglement weiterzuführen.

Scope OAIS

[Zurück zur Übersicht](#)

2019 beschaffte das Staatsarchiv das System Scope OAIS, um die lückenlose Archivierung der Unterlagen der kantonalen Behörden und der Verwaltung auch im zunehmend digitalen Umfeld zu gewährleisten. Das System Scope OAIS besteht aus einer Software und einer dreifach redundanten Serverinfrastruktur, die in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Amt für Informatik betrieben wird. Bis das System im Staatsarchiv für die elektronische Archivierung eingesetzt werden kann, werden im Lauf des Jahres 2020 Schnittstellen zu den Systemen der Verwaltung und der Behörden erstellt und Prozesse zur Übergabe der Unterlagen erarbeitet.

Stand der Arbeit

Die Hardware- und Softwareinfrastruktur ist vollständig vorhanden und installiert. Die Testphase ist abgeschlossen.

Nächste Schritte

Bis Ende August 2020 ist die Ablagestruktur auf der Archiv-Plattform zu definieren. In einem weiteren Schritt wird der Datenbestand der Regierungsratsprotokolle für den Import aus dem Geschäftsverwaltungssystem vorbereitet.

Ziel bis Ende Jahr

Das System Scope OAIS für die elektronische Archivierung ist mit einem Pilotprojekt inkl. Schnittstelle eingeführt und der Workflow ist erstellt.

